

BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2015



- * 4 Nationalrat - die Kandidierenden *
- * 8 2000 Watt - Weniger ist mehr *
- * 14 Regierungsrat - Transparent verbindlich *
- * 16 GZ Gubel - Menzingen und die Asylsuchenden *
- * 20 Junge Alternative - Zugopoly *

3 Editorial

Morgarten überall?

4 Nationalrat

Langsam und sicher

5 Nationalrat

Du hast eine Alternative

6 Nationalrat

Die in Bern oben ...

7 Nationalrat

Frischer Wind

8 2000 Watt

Weniger ist mehr

11 Fussabdruck

Leben auf grossem Fuss

12 Stadttunnel

Und alle Fragen offen

13 Velo

Geduldet

14 Regierungsrat

Transparent verbindlich

16 BZ Gubel

Menzingen und die Asylsuchenden

19 Schwingfest

Ums Schwingen ringen

20 Junge Alternative

Zugopoly

22 Kantonsrat

Kein Abbau beim ÖV

23 Arbeitskampf

Durchschlagender Erfolg

24 Zubetonierung

Doppelmoral blossgestellt

25 Grenzenlos Grün

«Ich komme wieder»

26 Serviceteil

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

**Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»**

Morgarten überall?

Doris Meyer, Kritisches Forum – Alternative Cham

Wahlkampf ist jederzeit, diese Haltung hat sich tief in die politische Landschaft eingegraben. Und weil Wahlen immer sind, bleiben keine ruhigen Zeiten zwischen den Wahlen, in denen Politiker und Bürger unaufgeregt und pragmatisch miteinander an Lösungen arbeiten können. Alles ist immer sofort öffentlich auf dem Prüfstand der politischen Gegner, der Öffentlichkeit, der Medien. Alles muss sofort hieb- und stichfest sein, wird sofort ins Scheinwerferlicht gezerzt und unter Generalverdacht gestellt. Schlagzeilen sind die wahre Währung und daran sind nicht die Journalisten schuld, sondern wir alle. Wir alle konsumieren diese Schlagzeilen und sogenannten Sensationen. Gerade im politischen Leben geht es dauernd um Präsenz, darum, Fronten zu markieren, Differenzen zu zeigen, damit die Wähler die Parteien und Exponenten auseinanderhalten können. Und wer nicht mitmacht, ist draussen – sind wir alle in Geiselhaft? Und wer ist der Geiselnehmer? Wer hat etwas von diesem System, wer sind die Gewinner?

Energieverschwendung ist überall ein Thema, wir alle versuchen mehr oder weniger, sparsamer mit Energie umzugehen. Kein Thema ist dabei, wie viel Energie wir verpuffen, weil wir in unserem auf Konkurrenz getrimmten System gegeneinanderarbeiten, statt unsere verschiedenen Positionen als Gewinn zu verstehen. Man kann anderer Meinung sein und trotzdem neugierig auf die Sicht des anderen. Wer sich darauf einlässt, entdeckt schnell, dass es durchaus lohnend ist, mal von anderer Stelle auf ein Problem zu schauen, neue Perspektiven führen auch zu neuen Lösungen. Gerade der Reichtum an divergie-



renden Sichtweisen, Erfahrungen und Meinungen macht die Stärke der Schweiz aus, in der Politik und der Wirtschaft. Dass in den letzten Jahren die Fronten immer härter wurden und pragmatisches überparteiliches Zusammenarbeiten mittlerweile Misstrauen auslöst, gibt mir zu denken. Wer verändert unsere Kultur, mit welcher Absicht und vor allem: Weshalb gelingt es? Weshalb schleicht sich in die politische Sprache immer mehr Kriegs- und Diffamationsprache? Was geschieht mit unserem Staat, unserer Gesellschaft, wenn diese Entwicklung uns weiter mitreisst? Was können wir als Einzelne, als Partei tun, um nicht Teil dieser Entwicklung zu sein? Was können wir dagegenhalten mit unserer

kleinen Basis? Ich habe keine Antworten, aber ich glaube, dass das wichtige Fragen sind, über die es sich nachzudenken lohnt.

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, offen für Schwache zu bleiben, aber genauso offen und neugierig auf Starke zuzugehen. Weiterhin den Finger auf wunde Punkte zu legen, aber vor allem möglichst unbeirrt Lösungen zu suchen, im Kleinen wie im Grossen. Wir können uns als Gesellschaft eine weitere Problemorientierung nicht leisten, wir müssen hin zur Lösungsorientierung. Und wir müssen es irgendwie schaffen, von der Konkurrenz zur Kooperation zu kommen. Alles andere ist Energieverschwendung der schlimmsten Art. ■

Langsam und sicher

Astrid Estermann, Gemeinderätin Alternative – die Grünen | Bild Alternative – die Grünen

4 Die Mitglieder der Alternativen – die Grünen Zug nominierten die Kandidierenden für die Nationalratswahlen 2015. Ein starkes Trio tritt an. In den folgenden Zeilen stellt sich Astrid Estermann, Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug, vor.

Seit 2003 engagiere ich mich im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug für ökologische, nachhaltige und soziale Politik. Als Mitglied der Nachhaltigkeitskommission setze mich für die Umsetzung der Initiative «2000 Watt für Zug» ein. Eine solche Perspektive sollte die ganze Schweiz entwickeln. Für unsere Zukunft müssen sich die zu hohe Umweltbelastung – speziell der Verbrauch fossiler Energieträger – und unser übersteigerter Wohlstands- und Konsumanspruch ändern. Dazu gehören der Atomausstieg, die Verhinderung einer zweiten Gotthardröhre, der weitere Ausbau des öffentlichen und des Langsamverkehrs, die Förderung von erneuerbarer Energie und das Entdecken alternativer Werte zu Besitz und Konsum. Unsere Gesellschaft sollte sich wieder mehr auf das Wesentliche konzentrieren, soziale Kontakte und Einfachheit anstreben und fördern.

Mehr Velo

Sinnbildlich dafür steht das Velo. Ich setze mich seit Jahren für dessen Förderung ein. Es ist das Fortbewegungsmittel des 21. Jahrhunderts in den Ballungsräumen, benötigt wenig Platz, wird mit eigener Muskelkraft (und allenfalls ein wenig Strom) fortbewegt, ist ruhig und für die Fahrenden erst noch gesund. Mit geeigneten planerischen und sicherheitsrelevanten Massnahmen muss das Fahrrad in den Mittelpunkt unseres Interesses für die Lösung unserer autoverstopften Städte kommen: Trendy, sportlich, lustvoll. Wir sollten unsere Verkehrspolitik entsprechend grundlegend überdenken.

Kein Sozialabbau

Als Leiterin des Erwachsenenschutzes der Stadt Luzern wehre ich



mich gegen die Ausgrenzung von sozial benachteiligten Personen und gegen den Abbau von Sozialversicherungen. Personen, die auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind, sowie auch Migrantinnen und Migranten wurden in den letzten Jahren immer mehr zu den Sündenböcken sämtlicher Fehlentscheide in Finanz-, Steuer- und Bodenpolitik. Ich stehe ein für mehr Solidarität mit unterprivilegierten Menschen in der Schweiz und weltweit. Der Pannikmache ist mit Fakten und Zahlen entgegenzuwirken: Die Schweiz ist ein reiches Land mit tiefer Arbeitslosigkeit und wenig Kriminalität, nicht zuletzt dank unseres gut ausgebauten Sozialstaats. Ein Existenzminimum

soll in der Bundesverfassung festgelegt werden. Nur so ist garantiert, dass die Kantone in ihrem Steuersenkungswahn die Unterstützung von Menschen in Notlagen nicht stetig reduzieren bzw. sich gegenseitig zuschieben. Eine Konzentration der Sozialwerke in ein einziges, kompakteres System schafft mehr Transparenz, weniger Bürokratie und verhindert, dass wie heute vereinzelt Menschen aus dem System fallen.

Bezahlbarer Wohnraum statt Luxussanierungen

Bezahlbarer Wohnraum in Städten und Agglomerationen wird immer rarer. Wohnungen mit günstigen Mietzinsen verschwinden weiter. Eine fatale Entwicklung für Menschen mit geringem Einkommen. Dafür stehen aktuell die 17 Wohnhäuser in der Gartenstadt der Stadt Zug, die Neubauten weichen sollen, obwohl eine sanfte Sanierung gut machbar wäre und kein Leerstand zu verzeichnen ist. Gegen solche Entwicklungen kämpfe ich an. Unser Land wird nach wie vor zersiedelt. Ich will mich auf Bundesebene für eine vernünftige Siedlungs- und Raumplanungspolitik einsetzen.

Gleichstellung

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist noch lange nicht erreicht. Frauen verdienen immer noch weniger für die gleiche Arbeit und sind in den Führungsetagen untervertreten. Wollen sie Karriere und Familie unter einen Hut bringen, bleibt doch meistens die Hauptverantwortung für den Haushalt und die Kindererziehung bei ihnen; für Männer gibt es kaum Teilzeitstellen. Ich will mich weiterhin für das Überdenken von bisherigen Rollenmustern, für den Ausbau von Krippenplätzen und für Lohngleichheit einsetzen. ■

Du hast eine Alternative

Andreas Lustenberger, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bild Alternative – die Grünen

Die Mitglieder der Alternativen – die Grünen Zug nominierten die Kandidierenden für die Nationalratswahlen 2015. Ein starkes Trio tritt an. In den folgenden Zeilen stellt sich Andi Lustenberger, Kantonsrat der Alternativen – die Grünen Baar und Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz, vor.

Du hast eine Alternative! Als die Alternativen – Grünen Zug mit diesem Slogan vor einigen Jahren in den Wahlkampf gestiegen sind, war ich weder im Kantonsrat noch im Präsidium der Jungen Grünen Schweiz. Doch der Slogan hat etwas ausgelöst in mir, denn schon seit einigen Jahren war mir damals klar: So wie es aktuell in Zug, der Schweiz und der Welt läuft, kann es nicht weitergehen. So handelte dann auch der Text zu meinem damaligen Rapsong «Zug» von einem schizophrenen Kanton – von einer schönen Uferpromenade und zerstörerischen internationalen Multis. Oder sie handelten von der «bösen Jugend» sowie inhaltslosen Wahlkämpfen, weshalb ich keine weiteren Floskeln von mir geben möchte (Anmerkung: Auf Anfrage sind meine Raplieder natürlich erhältlich), sondern direkt über meine politischen Vorstellungen sprechen möchte.

Ein System wird zum Bumerang

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Nachkriegszeit hat der globalisierten Bevölkerung nicht nur extremen Reichtum beschert, sondern mit ihm einhergegangen sind auch soziale Errungenschaften. Nur: Das neoliberale System basiert auf konstantem Wachstum und dieses ist heutzutage nur noch mit gravierender Ausbeutung von Mensch und Natur möglich. Zudem setzt es einen konstanten Konsum voraus, was uns in eine «konsumgeile Einfamilienhaus-Individualgesellschaft» getrieben hat. Aus Wohlstand für alle wurde Reichtum für Wenige und Sparpakete für die breite Masse. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die krampfhaft versucht den ausbeuterischen Neoliberalismus gesellschaftlich kompatibel



zu machen, haben wir Alternativen und Grünen Visionen und alternative Lösungen.

«Verdörflichung» der Städte

Die Zersiedlung ist unweigerlich das grösste Umweltproblem der Schweiz. Mit der nationalen Initiative der Jungen Grünen wird nicht nur dem Zubetonieren der Garaus gemacht, die Initiative öffnet auch Perspektiven für neue Wohn- und Lebensformen. Nachhaltige Quartiere wie etwa die Kalkbreite in Zürich oder die Gieserei in Winterthur zeigen, in welche Richtung wir in Zukunft gehen müssen. Weg von immer mehr Flächenverbrauch, weg von «jeder hat eine eige-

ne Bohrmaschine und einen eigenen Rasenmäher», weg von «jeder braucht seinen eigenen Hobbyraum», hin zu einem ressourcenschonenden und gemeinschaftlichen Zusammenleben. Dazu gehört auch, dass wir möglichst nahe am Arbeitsort wohnen können und sich dort, wo wir wohnen, auch unser Lebensmittelpunkt befindet.

Zug braucht bezahlbaren Wohnraum

Damit dies Realität werden kann, braucht es bezahlbaren Wohnraum, und dies ist gerade im Kanton Zug ein leidiges Thema. Mit der kantonalen Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum haben wir ein starkes Instrument in der Hand, hier endlich mehrere Schritte vorwärts zu machen.

Wir sind eine Welt

Ist es Idealismus, an eine Welt zu glauben, wo jede und jeder über sein Leben verfügen kann? Wo Chancengerechtigkeit, Solidarität und gegenseitige Hilfe zur Selbstverständlichkeit gehören? Für mich sind das Grundwerte unserer Gesellschaft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Dazu gehört auch, dass internationale Konzerne Teil unseres Rechtsstaats werden müssen und wir gleichzeitig alle Menschen in Not bedingungslos unterstützen. Wir haben eine Alternative und gemeinsam kämpfen wir jeden Tag dafür – packen wir es an! Unterstütze mich im Wahlkampf: Mobilisiere Freunde und Bekannte per Brief, Mail, SMS oder Social Media und trete meinem Unterstützungskomitee bei: www.andreas-lustenberger.ch/nationalratswahlen

Die in Bern oben...

Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin Alternative – die Grünen | Bild Alternative – die Grünen

6 Die Mitglieder der Alternativen – die Grünen Zug nominierten die Kandidierenden für die Nationalratswahlen 2015. Ein starkes Trio tritt an. In den folgenden Zeilen stellt sich Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin der Alternativen – die Grünen Rotkreuz-Risch, vor.

Politisch engagiere ich mich seit mehr als 20 Jahren in verschiedenen Bereichen mit Start in der Gemeinde Risch. Den Bau einer Kehrichtverbrennungsanlage im Fänn (Küssnacht a.R.) konnten wir 1993 gerade noch einmal verhindern. Auch das Thema Kinderbetreuung brachte ich gemeinsam mit Kolleginnen auf das politische Parkett. Ein langjähriges Engagement in der neuen Familienkommission war die Folge. Wir erarbeiteten ein Familienleitbild und der Betrieb eines Kinderhauses in Rotkreuz wurde Wirklichkeit. Als Mitinitiantin trug ich zur Entstehung einer Ludothek bei und auch zu Tempo 30 in unserem Wohnquartier. Seit gut acht Jahren bin ich Kantonsrätin und verrete die Alternative Grüne Fraktion in den beiden ständigen Kommissionen Raumplanung und Hochbau.

Lebensmittel aus der Region

Mit saisonalen und regionalen Lebensmitteln koche ich am liebsten. Als Bauerntochter aus dem Freiamt ist mir eine naturnahe Landwirtschaft ein grosses Anliegen. Sie soll im Vergleich zur globalen Agriindustrie einen Marktvorteil erhalten, denn sie schon die Umwelt und das Klima. Die Zukunft sehe ich im fairen Handel statt im Freihandel, wo Menschenrecht und Tierschutz im Ausland schlecht beachtet werden. Um die Produktion in der Schweiz zu sichern, fordere ich ausserdem eine schnelle Umsetzung des Aktionsplanes gegen das grosse Bienensterben. Der Bund muss definierte Ziele für eine Reduktion des Pestizideinsatzes festlegen. Ich wehre mich gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen, das jetzige Moratorium soll verlängert werden.



Zersiedelung bremsen

Beim Wandern in der Zentralschweiz sehe ich viele Beispiele von Zersiedelung. Möglich wurde dies, weil Behörden und Parlamente diese nicht eingrenzen (wollten), wie beispielsweise beim Landgut Aabach in Risch oder in den Kleinstweilerzonen, die nicht Bundesrecht entsprechen. Das Volk will nach der Raumplanungsabstimmung von 2013 kein unkontrolliertes Siedlungswachstum mehr, das die Zersiedelung begünstigt und damit die Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt bedroht. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass die bestehenden Grünflächen zu Gunsten der Lebensqualität und für Erholungszwecke erhalten bleiben.

Gerechte Steuerpolitik

Banken, Grosskonzerne und Vermögensmillionäre müssen sich finanziell angemessen an der öffentlichen Hand beteiligen, mit Hilfe einer gerechten Steuerpolitik. Für die ganze Bevölkerung muss Bildung, Kultur, Energie, Gesundheit und Wasser bezahlbar sein. Ich fordere faire Löhne statt Standort- und Steuerdumping. Über die Unternehmersteuerreform III soll die Schweiz bis 2019 abstimmen können. (Sollte sie eingeführt werden, verlange ich eine Kapitalgewinnsteuer, welche die Löcher der Unternehmersteuerreform III wieder stopfen muss.)

Grüne Wirtschaft (Kreislaufwirtschaft)

80 Prozent des Energiebedarfs in der Schweiz wird aus fossiler oder atomarer Quelle gedeckt. Mit gutem Willen ist es möglich, dass bis 2050 sämtliche benötigte Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Förderungs-, Spar- und Lenkungsmaßnahmen helfen, die Energie- und auch Klimaziele zu erreichen. Mit den Initiativen der Grünen zum Atomausstieg und zur grünen Wirtschaft wird der Druck aufrechterhalten. Die grosse Knacknuss im Energieverbrauch ist der motorisierte Verkehr, der 30 Prozent von der Gesamtenergie auf sich verbucht. Die Kostenwahrheit muss eingeführt und die CO₂-Abgabe auf sämtlichen Brennstoff endlich erhöht werden. Die in Bern oben können also mit mir rechnen! ■

Frischer Wind

Fabienne Widmer, Koordinatorin Nationalratswahlen | Bild Alternative - die Grünen

Es gibt so viel, das man gerade als ZugerIn an unseren Volksvertretern (die weibliche Form ist leider nicht notwendig, da es bekanntlich keine einzige Zuger Vertreterin in Bern gibt) kritisieren kann. Von dieser rechtsbürgerlichen Politik werden wir eindeutig nicht alle vertreten. Anstatt uns nur darüber zu beklagen, möchten wir diese Situation nun ändern. Wir bringen frischen Wind nach Bern!

Die Debatten im Parlament dürfen nicht nur von älteren Männern geführt werden. Die junge Stimme, die eine soziale, vorausschauende Politik betreibt, will und muss in Bern auch vertreten sein. Baustellen gibt es dort viele, hier möchten wir nur einige ansprechen:

Umverteilung jetzt

Vermögen darf nicht von einigen wenigen angehäuft werden, eine Umverteilung muss jetzt stattfinden. Die Schere öffnet sich immer mehr, die bürgerlichen Parteien sind ihren Geldgebern hörig und es braucht uns, damit es für die Schweiz eine Zukunft gibt. Es kann doch nicht sein, dass wir in einer Schweiz leben, in der zwei

Prozent der Bevölkerung gleich viel besitzen wie die restlichen 98 Prozent. Während bei den sozial schlechter Gestellten immer mehr gespart wird, wird den Reichen ein Geschenk nach dem anderen gemacht.

Freiräume schaffen

Eine weitere Baustelle ist das repressive Verhalten nicht nur im Kanton Zug, sondern in der ganzen Schweiz, welches unsere Freiheiten immer stärker einschränkt. Die Bürgerlichen wollen uns Jungen keinen Platz geben. Die Jungen werden von öffentlichen Orten verwiesen, aus den Städten verdrängt, und stattdessen werden lieber luxuriöse Restaurants und unbezahlbare Wohnungen gebaut.

Offenes Land

Wir sind die Generation «9. Februar 2014» – dem Tag der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Die rechtsbürgerliche Schweiz ist nicht unsere Schweiz. Wir wollen ein offenes Land, ein Land, das sich solidarisch zeigt mit Asylsuchenden aus allen Ländern, ein Land, das keine Unterschiede macht zwischen Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir möchten uns einsetzen, dass endlich Lohnungleichheit herrscht, dass Teilzeitarbeit für möglichst viele möglich ist und dass es keine Vor- beziehungsweise Nachteile für bestimmte Bevölkerungsgruppen gibt. Deshalb schicken wir drei junge Menschen nach Bern, die sich für Offenheit, Toleranz und nachhaltige Lösungen einsetzen wollen.

Wählt uns!

Die Jungen Alternativen freuen sich auf die Nationalratswahlen und sind überzeugt, dass sie mit dieser starken Liste den nötigen frischen Wind in das verstaubte Bern bringen. ■



Fabienne Widmer studiert auf der anderen Seite des Röstigrabens in Fribourg Anglistik und Geschichte. Sie kämpft dafür, dass Frauen nicht nur in der Politik, sondern auch im Beruf gefördert werden und vertreten sind. Der Weg zur Gleichstellung ist noch weit, solange Frauen im Schnitt 20 Prozent weniger für die gleiche Arbeit verdienen als Männer und in den Geschäftsleitungen der hundert grössten Schweizer Unternehmen der Frauenanteil nur 6 Prozent beträgt.



Mit gerade einmal 18 Jahren ist Alessandro Perucchi der wohl jüngste Kandidierende für die Nationalratswahlen. Er besucht zurzeit die FMS in Zug und ist seit diesem Frühjahr Präsident der Jungen Alternative. Eines seiner wichtigsten Anliegen ist die Förderung des Langsamverkehrs. Eine nachhaltige Schweiz ist nur möglich, wenn wir die Mobilität einschränken oder auf effizientere Modelle umsteigen. Flächendeckend sollen Velowege sicherer werden.



Als drittes stellt sich Cristina Gut aus Zug zur Wahl. Sie studiert Religionswissenschaften an der Universität Zürich und engagiert sich vor allem in Bildungsfragen. Den nationalen Sparmassnahmenwahn im Bildungsbereich verurteilt sie. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen für ein Land wie die Schweiz und hier darf nicht weiter gespart werden.

Weniger ist mehr

Natalie Chiodi | Bilder BULLETIN

8 Das BULLETIN hat Urs Raschle, den neuen Vorsteher des Departementes für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) der Stadt Zug interviewt. Die 2000-Watt-Gesellschaft war Kern des Themas. Das Gespräch wurde am 24. April geführt.

BULLETIN: Haben Sie Ihren ökologischen Fussabdruck schon einmal errechnet?

RASCHLE: Ja. Mein Fussabdruck wurde damals auf etwa 2,5 berechnet. Gute Werte habe ich in der Alltagsmobilität erreicht. Weil ich kein Auto besitze und mich viel zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem ÖV bewege, schneide ich in diesem Bereich relativ gut ab. Ganz anders sieht dies beim Reisen aus. Mein ausgeprägtes Interesse am Reisen führt dazu, dass ich viel unterwegs bin und dies oft in fremde Länder. Diese Flugdistanzen, die lassen mich natürlich nicht so gut aussehen.

BULLETIN: Als neuer Chef des SUS haben Sie den Auftrag vom Volk, die Umsetzung der 2000-Watt-Initiative voranzutreiben. Wie erklären Sie einem Laien, was die 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet?

RASCHLE: Ich persönlich fokussiere weniger die Zahl an, sondern verstehe die 2000-Watt-Gesellschaft als Auftrag, mit den Ressourcen sehr effektiv und effizient umzugehen. Indem sich jede und jeder immer wieder überlegt, ob es dies oder jenes wirklich braucht und ob ich auf diese Weise Energie sparen und so etwas für die Umwelt tun kann oder nicht. Langfristig geht es darum, den weltweiten Durchschnittswert an Primärenergie auf 2000 Watt pro Kopf zu reduzieren. Unter Primärenergie versteht man die Energie, die in einer natürlich vorkommenden Energiequelle steckt – fossil, atomar oder erneuerbar. Der Pro-Kopf-Verbrauch in der Stadt Zug liegt im Moment bei 5300 Watt. Somit geht es darum, zu sensibilisieren, die einzelnen Personen dazu zu motivieren, nachhaltiger zu werden.

BULLETIN: Wo setzen Sie Schwerpunkte in naher und ferner Zukunft?

RASCHLE: Zurzeit sind wir stark daran, die Bevölkerung zu informieren. Wir veranstalteten beispielsweise einen Informationsabend für Immobilienverantwortliche wie Bauherren, Planer etc. Dabei wurde informiert, wie man effektiver und effizienter bauen kann. Es war eine verantwortliche Person von Green City Zürich (im Bau befindliches Quartier in Zürich, das sich komplett nach dem Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft richtet, Anm. der Red.) anwesend, die das Konzept vorgestellt hat. Oder neulich gab es eine Veranstaltung zum Thema Solarenergie auf dem eigenen Dach. Im Juli kommen verschiedene Elektrofahrzeuge zur Bosard-Arena, damit wollen wir der Bevölkerung zeigen, dass es auch im Mobilitätsbereich neue Möglichkeiten gibt. Durch solche Veranstaltungen wollen wir die Leute auf alle möglichen Arten sensibilisieren. Die Überlegung, woher wir die Energien in Zukunft haben werden, hat unser Augenmerk auf den See gelenkt. Mit einer Machbarkeitsstudie wird nun geklärt, ob das Seewasser für das Heizen des Siemensareals genutzt werden kann. Wenn es uns gelingt, die Idee mit dem Energieverbund umzusetzen, dann gibt das eine klare Senkung des Primärenergiebedarfes.

BULLETIN: Sie haben das Anergie-Netz für die Energieversorgung des Siemensareals erwähnt. Welche weiteren herausragenden Projekte stehen in der Agenda der Stadt Zug?

RASCHLE: Im Moment sind wir daran die Zertifizierung der Energiestadt «Gold Label» voranzutreiben.

Energiestadt ist die Stadt Zug bereits, es geht aber regelmässig darum, die Rezertifizierung zu erreichen. Man muss – bei allen Faktoren zusammen – einen Wert von 75% erreichen. Dadurch dass wir die Fachleute im Haus haben, haben wir ein ständiges Controlling und sind zurzeit über dem geforderten Wert. Zu weiteren Leuchtturmprojekten stellt sich die Frage, wozu auch die Partner bereit sind. Zurzeit läuft z. B. eine politische Diskussion um die Frage, wie wir den Richtplan des Kantons bezüglich Verdichtungsgebiete umsetzen. Da setze ich mich dafür ein, dass es seitens der Bauherrschaft auch etwas im Energiebereich braucht. Ich konnte dafür sorgen, dass das Thema in das Papier des Stadtrates hineinkommt. Energie- und Ressourcenmanagement wird also für die Bauherrschaft in Zukunft ein Thema sein müssen. Ich bin zwar ein Volkswirt und grundsätzlich der Meinung, der Markt entscheidet, doch bei gewissen Sachen muss der Staat eingreifen.

BULLETIN: Haben Sie in diesem Zusammenhang persönliche Anliegen, die Ihnen besonders am Herzen liegen?

RASCHLE: Ich habe selber Umweltökonomie studiert. Ich sehe es deshalb als grosse Herausforderung oder Chance, die Diskussion so zu führen, dass es mittelfristig zu nachhaltigen Lösungen kommen wird, weil alles andere nicht mehr geht. Wenn wir so weitermachen mit dem Ressourcenverbrauch und der Energieverschwendung, bringt uns das in eine sehr schwierige Situation. Das Positive ist, es passiert doch schon einiges. Wir sind alle im gleichen Boot, und der Planet verändert sich gewaltig. Allerdings denke ich mir dann auch, die Natur braucht den Menschen nicht, sie wird Hitze- oder Kälteperioden überleben. Wir eventuell nicht. Mir ist in den 3 Monaten, in denen ich in diesem Amt bin,



bewusst geworden, dass, wenn wir das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen wollen, dies nur miteinander geht. Und das braucht enorm viel Zeit. Bis man den Menschen dazu bringt, dass er eine Gewohnheit aufgibt und etwas anderes macht, braucht es viel Zeit. Ich bin mir bewusst, dass es in Zug noch komplexer ist als an anderen Orten, weil wir auf einem extrem hohen Level sind. Und ich muss gestehen, dass ich mich manchmal auch frage, ob es nötig ist, dass viele mit einem halben «Panzer» durch die Stadt fahren müssen. Was mir weiter auffällt ist, diese Ich-zuerst-Mentalität.

BULLETIN: Können Sie das erläutern?

RASCHLE: Der Stadtrat ist sich bewusst, dass es in der Stadt Zug eine Bevölkerung gibt, die sehr viel hat und sehr viel will. Wir merken, dass die Erwartungen sehr hoch sind und der Umgang damit beschäftigt den Stadtrat. Wir sind quasi an der Spitze von dem, was man hat. Aber die

Leute sind trotzdem nicht glücklich. Kürzlich brachte ich den Vorschlag ein, dass wir einen Happy-Index einführen sollten, ähnlich wie Bhutan, das sein Bruttonationalglück erhebt. Dieses Land hat erkannt, dass wir, wenn wir die Menschen glücklich machen wollen, auf Dinge Wert legen müssen, die nicht notwendigerweise auf der Optimierung der Kaufkraft beruhen. Diese Erkenntnis würde der Stadt Zug gut tun.

BULLETIN: Im Bereich Mobilität spricht die ganze Stadt zurzeit vom Stadttunnel, bzw. Stadtverkehr.

RASCHLE: Konkret muss man sagen, dass, wenn der Tunnel kommt, er keine grossen Auswirkungen auf die 2000-Watt-Gesellschaft haben wird. Weil es nicht dazu führen wird, dass wir mehr oder weniger Autos haben werden. Aber wir haben sie an einem anderen Ort. Das heisst, wir werden an der Neugasse, Postplatz, Kolinplatz etc. eine Verbesserung haben. Die Autos wären dann eher im Tunnel, das würde eine starke Ver-

besserung der Luftqualität an gewissen Orten in der Stadt ergeben, aber insgesamt keine grosse Reduktion des CO₂-Ausstosses, was ja auch ein Zielwert der 2000-Watt-Gesellschaft ist. Was es zudem braucht, bis man zu diesem Tunnel kommt – ich denke an die graue Energie in Bezug auf den Bau etc. – muss ich gestehen, dass dies nicht wenig sein wird. Wichtig wird sein, woher der Strom kommt, den man für die Steuerung und Lüftung des Tunnelbetriebes benötigen wird.

BULLETIN: Wo sehen Sie im Bereich Mobilität weiteres Potenzial?

RASCHLE: Das ist eine ganz schwierige Frage in der Stadt Zug. Der ÖV ist sehr gut ausgebaut, man kommt mit ihm überallhin und er wird auch rege benutzt. Freizeitfahrten machen die Leute hingegen mit dem Privatauto. Nun, warum fahren die Leute mit ihren Autos? Von den Distanzen her müsste das ja nicht sein. Das ist die grosse Herausforderung, die sich dem Stadtrat stellt.

Wir sind im Stadtrat der Meinung, dass, wenn das weitergeht mit dieser Verdichtung, das dazu führen könnte, dass die Leute mehr mit dem Velo unterwegs sein werden. Das ist ein Effekt, den man in den grossen Städten sieht, weil man mit den Autos in den Stau kommt und Parkplatzprobleme hat. Wie wir das angehen wollen? Die Thematik immer wieder aufwerfen, mit gutem Beispiel vorangehen und selber mit dem Velo unterwegs sein. Der Stadtrat selber ist veloaffin, der Stadtpräsident und meine anderen Stadtratskolleginnen und -kollegen fahren häufig Velo.

BULLETIN: Im Pfarreiblatt (Nr. 44 vom 26.10.2014) des Dekanats Zug wurde ein Artikel publiziert zum Thema «dörfs es bitzeli weniger sii?» Darin ging es um Suffizienz, Genügsamkeit als Beitrag zu einem nachhaltigen Umgang mit unserer Schöpfung. Wie stellen Sie sich dazu?

RASCHLE: Das wirtschaftliche Wachstum in Zug war steil, wenn wir die letzten hundert Jahre vergleichen. Geld ist viel vorhanden, die wirtschaftliche Stärke da. Wenn wir – wie ich vermute – den Peak hinter uns haben, darf es nicht passieren, dass es mit Zug steil bergab geht, das führt zu Unruhe in der Bevölkerung. Das Level, das wir haben, ist hoch, das werden wir langfristig nicht halten können. Ich denke, dass man den Standard behalten sollte, auch dass es der Bevölkerung gut geht. Ich glaube, das Bewusstsein ist bei den Parteien angekommen – auch bei den Bürgerlichen!

Das neue Leitbild der Stadt, das bis 2035 ausgerichtet ist, ist nun zu einer Idee geworden – daher der Name Stadt-Idee. Alle möglichen Leute waren daran beteiligt. Das Ganze ist zu einem Buch angewachsen und enthält verschiedene Szenarien. Ein Szenarium könnte tatsächlich sein, dass Zug eine Stadt der Suffizienz wird, wo alles ein bisschen weniger ist. Was würde dies bedeuten? Dazu haben wir uns sehr viele Gedanken gemacht. Positive Aspekte könnten sein, dass grosse Firmen durch neuere und jüngere ausgewechselt werden, vielleicht würde die etablierte Kultur durch eine andere Kultur ersetzt oder ergänzt. Das könnte der Stadt auch neues Leben einhauchen. Vielleicht könnte es neue Wohnformen geben, ein cooles Stadtgebiet wie beispielsweise Zürich West. Das alles könnte für diese Stadt auch eine Chance darstellen.

BULLETIN: Was wünschen sie sich für sich als Velofahrer?

RASCHLE: Mehr Sicherheit. Das Fahrradfahren müsste sicherer sein. Manchmal überlege ich mir nämlich, wo ich langfahren soll, um nicht gerade von einem Auto angefahren zu werden. Zu diesem Themenkreis hat es von Frau Astrid Estermann eine Motion gegeben. Da sind wir nun daran. Mit einem spezialisierten Büro



aus Zürich sind wir durch die ganze Stadt gefahren und haben uns alle heiklen Orte angeschaut. Es ist das Ziel, dass wir u. a. einen klaren Veloweg definieren wollen – zumindest von Süden nach Norden. Es ist mir ein Anliegen, weil ich selber wie gesagt viel mit dem Velo unterwegs bin.

BULLETIN: Was wird am Ende ihrer Legislaturperiode anders sein als jetzt?

RASCHLE: In der Stadt Zug wurde seit 2010 bis jetzt der Primärenergiebedarf bereits um 20 Prozent reduziert. Ich gehe davon aus, dass wir beim Primärenergiebedarf eine weitere Reduktion hinbringen werden. Vermutlich kaum mehr so viel, wie in den letzten 4 Jahren, aber eine Steigerung um 5 Prozent beispielsweise. Ich gehe weiter davon aus, dass wir beim «Gold Label» bei einem Effektivitätswert von 80 Prozent bleiben können. Und es wird mehr das Thema in der Politik und in der Gesellschaft sein.

BULLETIN: Welche Energiespartipps empfehlen Sie gerne weiter?

RASCHLE: Der schönste Energiespartipp ist der, mit dem Velo zur Arbeit zu fahren. Ich bin fast immer mit dem Velo unterwegs. Erstens tut einem das persönlich gut, weil man danach wach ist und zweitens schon es die Ressourcen. Ich persönlich finde das Velofahren einfach schön. Die grösste Problematik in Zug ist zurzeit meiner Meinung nach nicht der Primärenergieverbrauch, sondern die Mobilität.

BULLETIN: Wir möchten uns herzlich für das Gespräch bedanken. ■

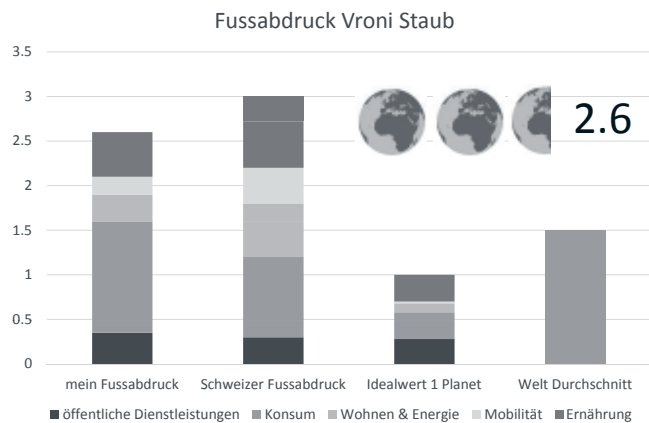
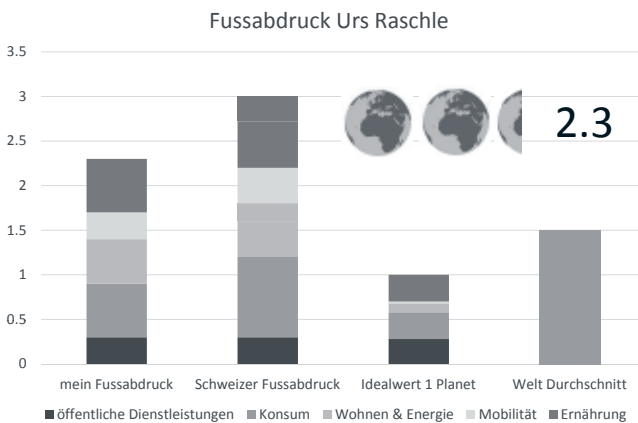
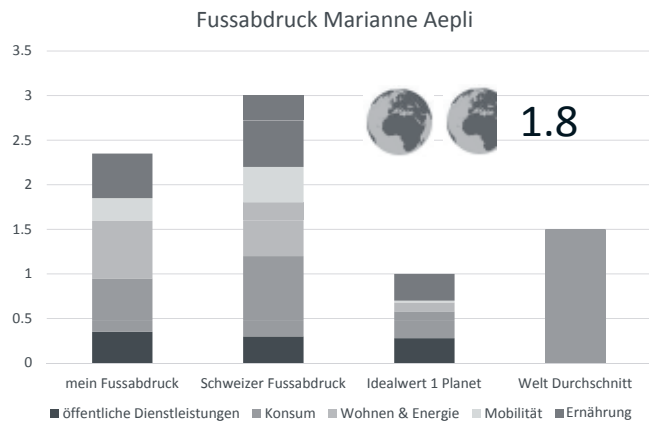
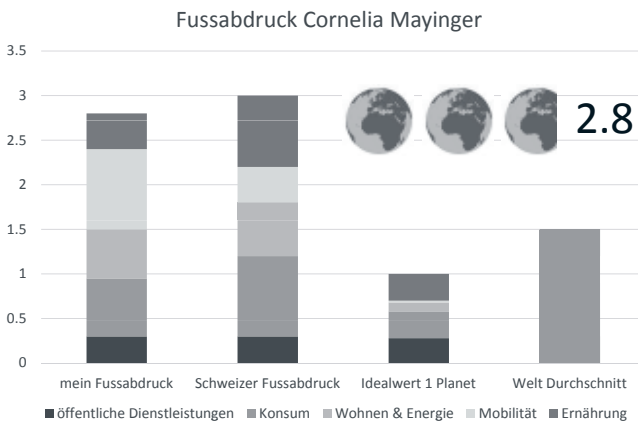
Leben auf grossem Fuss

BULLETIN | Illustrationen BULLETIN

Anlässlich der Beschäftigung mit dem persönlichen Fussabdruck (siehe Interview 2000 Watt) fragten wir Mitglieder des Stadtrats nach ihrem ökologischen Fussabdruck. Zwei dieser Fussabdrücke können wir Ihnen präsentieren. Als Ergänzung haben Mitglieder des Bulletin-Vorstands sich ebenfalls bereiterklärt, ihre Fussabdrücke zu präsentieren.

11

Wagen Sie das Experiment für sich und unseren Planeten auf http://www.wwf.ch/de/aktiv/besser_leben/footprint



Und alle Fragen offen

Philippe Koch, Geschäftsleiter umverkehr | Bild Paula Gisler

12

Das deutliche Nein der Zuger Stimmberechtigten zum Jahrhundertprojekt Stadttunnel hinterlässt viele Fragen. Antworten auf diese zu finden, wird nicht einfach; aber Antworten sind nötig, um die bestehenden Probleme in der Zuger Innenstadt dauerhaft zu lösen. Eine Politik der kleinen Schritte erscheint erfolgsversprechender und wirkungsvoller, als den Kopf in den Sand zu stecken und auf eine grosse und endgültige Lösung zu hoffen.

Wie ist die unerwartet deutliche Ablehnung des Stadttunnels zu verstehen? Bei genauerem Hinsehen fällt die Antwort nicht leicht, denn das Projekt hatte zum Ziel, zwei Fliegen mit einer, wenn auch teuren Klappe zu schlagen: Den Bau einer leistungsfähigen Achse für den Autoverkehr im Untergrund der Zuger Innenstadt einerseits und die dauerhafte und bedeutende Entlastung der Zuger Innenstadt an der Oberfläche andererseits. Gegen welches der beiden Ziele richtet sich nun das Nein? Oder waren nicht die Ziele, sondern vielmehr die hohen Kosten und die Erhöhung der Motofahrzeugsteuer in Kombination mit der wirtschaftlichen Grosswetterlage Grund für die geringe Zustimmung? Ohne die Ergebnisse einer verlässlichen Nachbefragung der Stimmdenden, welche die Baudirektion hoffentlich in Auftrag gegeben hat, ist es unmöglich, die Motive der Ablehnung zu gewichten und für die nächsten Schritte nutzbar zu machen. Denn: Die Trennlinie zwischen den Gegnern und den Befürwortern verlief für einmal nicht entlang der, sondern quer zu den parteipolitischen Grenzen. Ein Zeichen dafür, dass sogenannte klare oder widerspruchsfreie Positionen der Lösungsfindung nicht zuträglich sind. Ohne Ambivalenzen sind einschneidende verkehrspolitische Reformen nicht zu haben.

Zukunftsbilder

Den Prozess nur vom Resultat her zu bewerten, wäre aber falsch. Das abgelehnte Projekt ging als Bestlösung aus einem breiten und langen Mitwirkungsverfahren hervor. Die Ideen oder Visionen, die in diesem Prozess

geäussert wurden, haben ihre Kraft mit der Ablehnung nicht verloren. Und genau dies war, zumindest aus der Perspektive eines nicht in Zug Wohnhaften, das Interessante: Die Diskussionen darüber wie Zug in 20 oder 50



Blick von aussen auf Zug: Wie soll die Stadt Zug in 50 Jahren aussehen?

Jahren aussehen soll. Im Unterschied zu vielen anderen verkehrspolitischen Debatten wurde in Zug in den letzten Monaten ernsthaft und mit Verve über ein erstrebenswertes Bild der urbanen Zukunft gestritten. Ohne ein solches Bild kann kein politischer Wille zur Veränderung entstehen. Oder anders herum gedacht: Kopenhagen, das für viele StadtentwicklerInnen als das Vorbild für eine zukunftsfähige Stadt gilt, sah vor 30 Jahren noch nicht aus wie heute. Auch Kopenhagen (oder meinetwegen Utrecht) stand in den 1970er- und 1980er-Jahren vor dem Verkehrskollaps. Politischer Wille und ein langer Atem haben dazu geführt, dass viele kleine Verbesserungen um-

gesetzt werden konnten und die Stadt wieder belebt und lebenswert wurde.

Kleine Schritte

Zug ist heute ein Autokanton: Der Motorisierungsgrad ist Schweizer Rekord, die Velonutzung gering, die Siedlungsform in vielen Teilen wenig verdichtet und es gibt keine politische Mehrheiten für eine Einschränkung des Autoverkehrs. Unter diesen Bedingungen auf das ultimative Projekt für eine ökologische Verkehrswende zu hoffen, ist realitätsfremd. Gleichzeitig gibt es Beispiele, wie man Verbesserungen

im Stadtverkehr erreichen kann: klare Ziele setzen (Städte-Initiative) und mit kleinen Schritten sich diesen Zielen nähern. Ein Beispiel: Begegnungszonen sind ein probates Mittel, um Quartiere vom Autoverkehr zu entlasten. Gleichzeitig zeigen sie den BewohnerInnen unmittelbar, wie viel Platz und Lebensqualität gewonnen werden kann, wenn der Stadtraum nicht mehr vom Auto dominiert wird. Es gilt also, in Zukunft aufzuzeigen, mit welchen verkehrspolitischen Massnahmen sich die Qualität, die Sicherheit und das Erleben des öffentlichen Raums verbessern lassen. Auch das ist keine einfache Aufgabe, aber eine, für die es sich zu kämpfen lohnt. ■

Geduldet

Natalie Chiodi | Bilder Natalie Chiodi

Sie sind geduldet, die Fahrräder oder Velos auf den Zuger Strassen. Auf den Verkehrsschildern nennt man das so: gestattet. Egal, ob so oder so, einfach nicht wirklich willkommen. Und irgendwie merkt man das auch. Dieser Eindruck hat sich bei mir in den letzten Jahren verdichtet.

Wie sonst soll ich es mir erklären, dass in den letzten Jahren an verschiedenen Orten Velolösungen konzipiert wurden, die wenig mit den Bedürfnissen der Velofahrenden zu tun haben. Die VerkehrsplanerInnen scheinen vom Wunsch getrieben, die Velofahrenden räumlich aus dem Weg zu schaffen. Zwar schätzen es bestimmt alle Velofahrenden, wenn sie und ihr Velo eine eigene Spur haben, doch nimmt das leider allzu oft komische Formen an und bedeutet für die Velofahrenden, dass sie im Zickzack über die Strasse gejagt werden. Weil eine eigene Spur für Velofahrende natürlich nur dort möglich ist, wo auch Platz da ist. Wieso eigentlich? Welche Konsequenzen das für Velofahrende haben kann, ist unter anderem an der Artherstrasse in der Stadt Zug zu sehen, wo trotz neuem Busbevorzugungssystem fürs Velo alles beim Alten blieb. Oder sogar noch schlechter geworden ist.



Bus top, Velo flop

Die Idee, dass der Bus bevorzugt behandelt wird, finde ich wunderbar, doch was man mit den VelofahrerInnen macht, ist ein Witz. Oder eben witzlos. Zwar wurde die Spur für die Velos ab ehemaligem Kantonsspital Richtung Fridbach verbreitert, doch dieses Zückerchen schmeckt bitter, weil die Velofahrenden, die von Oberwil kommen, gemäss Signalisation auf den Zebrastreifen wechseln oder das Lichtsignal abwarten müssen, damit sie dann rechtwinklig zur Fahrtrichtung über die gelben Streifen die andere Strassenseite erreichen sollen. Das bedingt ein Absteigen vom Velo. Denn Velofahren macht dann Spass, wenn es flüssig vorwärts geht und nicht durch zusätzliche Schikanen behindert wird – der motorisierte Verkehr ist schon Behinderung und Herausforderung genug.

Zwar hat das Tiefbauamt auf Anfrage versichert, dass dereinst eine dynamische Querung mit dem Velo möglich sein wird, aber glauben kann ich es noch nicht! Und es bleibt die Tatsache, dass Velofahrende von Oberwil zum Casino Zug dreimal gezwungen sind, die Strasse zu überqueren. Und dies auf einer regionalen Veloroute, mit dem Regionen überwindenden Namen «Säuliamt – Schwyz». Dass man dabei die Bergkulisse wie angepriesen nicht bewundern kann, weil man die Strassenseite wechseln muss und dazu auf den Verkehr achten, steht nirgendwo geschrieben. Dass man wie Säuli laut quietschend und im Zickzackkurs über die Strassen pedalt, spielt sich hoffentlich nur in meiner Fantasie ab. Wie dem auch sei. Mit einer Fortsetzung des Veloweges auf dem Trottoir zwischen ehemaligem

Kantonsspital und Casino hätte man eine zweimalige Querung verhindern können.

Ab durch die Mitte

Um ein so ausstossfreies und menschenfreundliches Verkehrsmittel wie das Velo zu fördern, darf man es nicht an den Rand quetschen – dorthin, wo sich der Asphalt um die Dohlendeckel wölbt, sich die Glasscherben versammeln, die Schneemassen türmen, sich die Motorfahrzeug-zwar-nicht-erlaubt-wenns-behindert-Parkierspur befindet. Und dann noch hoffen, dass sich die Leute daran erfreuen können.



Hier wäre eine dynamische Querung der Strasse angebracht. Nun bleiben Velofahrende noch häufiger als bisher unerlaubterweise auf dem Trottoir und fahren so stadteinwärts. Sogar die Auskunftsperson vom Tiefbauamt hat diesen Trend bestätigt.

Bei Planungen müsste um das Velo herumgeplant werden, nicht damit die VelofahrerInnen im Zickzack zur sogenannten Entflechtung des Miteinanders dauernd die Strassen zu überqueren haben. Das sind alles zusätzliche Gefahrenquellen – die am Ende den Velofahrenden schaden! Ein gut ausgebautes Veloroutennetz und genügend attraktive Veloabstellplätze sind Voraussetzungen für eine hohe Akzeptanz des Velofahrens. VelofahrerInnen sollen sich sicher fühlen und rasch vorwärtskommen. Eine optimale Infrastruktur ist die Grundlage, ohne die alle anderen Massnahmen weitgehend wirkungslos bleiben. ■

Transparent verbindlich

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen
Bilder Paula Gisler

14

Parlament und Regierung sind sich einig: Es kann und darf nicht sein, dass sich unser Kanton auf eine Art kulturhistorische Sterbebegleitung von in die Jahre gekommenen Bauten und Ortsbildern beschränkt, die – da nicht (mehr) «rentabel» – unwiderruflich verschwinden.

Das rasante Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum im Kanton Zug, die rege Bau- und Planungstätigkeit und nun auch noch der gestiegene Spardruck gehen nicht spurlos am öffentlichen Auftrag der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes vorbei. Der Ruf nach Verdichtung führt bekanntlich dazu, dass der

von einer parteipolitisch (statt wie bisher fachlich) zusammengesetzten kantonalen Denkmalkommission bis hin zu einer Regelung, wonach künftig die Unterschutzstellung eines Denkmals einzig und allein von der Zustimmung, also vom Goodwill der Eigentümerschaft abhängig gemacht werden soll.



Gartenstrasse 4 in Zug – ein Objekt aus dem Verzeichnis der geschützten Denkmäler.

Erhalt von älterer Bausubstanz immer häufiger in Frage gestellt wird. Neben dem gesellschaftlichen nimmt auch der politische Legitimationsdruck für die Kulturgüterpflege zu; auch in anderen Kantonen! Umso gewichtiger ist das jüngste Zeichen aus dem Zuger Kantonsrat zu deuten, der Ende Mai zwei Motionen eine Abfuhr erteilt und sich mit klarer Mehrheit hinter die Regierung gestellt hat. Die in den Motionen formulierten Forderungen reichten

Inventarisierung

Der Zuger Regierungsrat räumt der raschen Vervollständigung und Aktualisierung des Inventars der schützenswerten Denkmäler hohe Priorität ein und hat nun vom Parlament den Auftrag gefasst, die Pflicht zur regelmässigen Aktualisierung dieses Inventars gesetzlich zu verankern. Intern laufen bezüglich Inventarisierung die Arbeiten des zuständigen Amtes für Denkmalpflege und Archäologie bereits auf Hochtouren.

Bis Ende 2018 kann für alle Gemeinden eine klare Aussage darüber gemacht werden, für welche der vor 1975 erstellten Bauten eine so genannte «Schutzvermutung» besteht. Ein aktuelles, professionell geführtes Inventar ist deshalb so wichtig, weil es Klarheit, Übersicht, Transparenz und nicht zuletzt Rechtssicherheit schafft. Letzteres ist primär für Grundeigentümerschaft und Standortgemeinden von Bedeutung, wenn Bewilligungen ein Objekt tangieren, das im Inventar aufgeführt ist. Ein fachlich fundiertes Inventar beschleunigt zudem die Abklärung der Schutzwürdigkeit und macht Entscheide von Behörden nachvollziehbar.

Kooperation

Des Weiteren wird der Regierungsrat nun prüfen, ob eine einvernehmliche Unterschutzstellung von Denkmälern künftig mit einem verwaltungsrechtlichen Vertrag bewerkstelligt werden soll. Dieses Instrument findet bereits in den Kantonen Zürich, Bern, Basel, Uri, Schaffhausen und St. Gallen bei der Unterschutzstellung Anwendung und wird dort erfolgreich gehandhabt. Ein solcher Vertrag erlaubt es betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümern, ihre Anliegen, Bedürfnisse und Interessen von Anfang an einzubringen und zusammen mit Behörden und Baufachleuten eine optimale Lösung zu realisieren. Mit anderen Worten: Dieses Instrument der vertraglichen Unterschutzstellung erlaubt es den Privaten, nicht nur auf die Absichten der Behörden zu reagieren, sondern den Prozess proaktiv zu beeinflussen und mitwirkend tätig zu sein. In einem solchen Vertrag wird gemeinsam mit der Eigentümerschaft der Schutzzumfang festgelegt und definiert, welche Modernisierungen mit dem Schutz vereinbar sind. Kooperation statt Konfrontation lautet das Motto! Die erwähnten Forderungen der Motionäre hätten völlig im Wider-

spruch zur Stossrichtung der vom Amt gefahrenen Strategie gestanden. Letzteres setzt auf eine enge Zusammenarbeit aller AkteurInnen im Bereich der Denkmalpflege. Vonnöten ist eine Kultur des Dialoges, die akzeptiert, dass Architektur Sorgfalt im Detail, Offenheit für Neues, Respekt für Gewachsenes, unermüdliches Suchen nach kreativen, vielleicht auch unkonventionellen Lösungen und Kompromissen, letztlich aber auch den Mut zu Entscheidungen erfordert. Als verantwortliche Direktionsvorsteherin winde ich dem Parlament ein Kränzchen, dass es hier Farbe bekennt und realisiert hat: Gerade weil Renditerwartungen und Bodenpreise in Zug so hoch sind, kann es nicht sein, dass nur noch das Wort und der Wille der Eigentümerschaft zählen und allein ausschlaggebend sind für die Unterschutzstellung.

Tradition pflegen

Es gilt, dem oft seit Generationen gepflegten Kulturgut aus Eigenverantwortung und Überzeugung Sorge tragen. Dazu muss man wissen: Die sinnvolle Umnutzung von alten Bauten stellt in vielen Fällen den besten, populärsten und wirkungsvollsten Denkmalschutz dar. Politisch denkenden Frauen und Männern, insbesondere jenen, die gerne an Heimatliebe und Traditionsbewusstsein appellieren, sei in Erinnerung zu rufen: Die Denkmalpflege gehört zu den ältesten Kulturförderungsmassnahmen des Schweizerischen Bundesstaates überhaupt und geht auf das Jahr 1886 zurück. Dann nämlich beschlossen die eidgenössischen Räte, den Erhalt von «vaterländischen Altertümern» auf die Schweizer Fahne zu schreiben. Dabei soll und muss Verhältnismässigkeit und Augenmass auch in Zukunft gewahrt und private und öffentliche Interessen von Fall zu Fall sorgfältig gegeneinander abgewägt werden. Dies braucht Fachwissen, Fingerspitzengefühl und Rückgrat. ■



Das Zuger Wahrzeichen – ein weiteres Objekt aus dem Verzeichnis der geschützten Denkmäler.

Menzingen und die Asylsuchenden

Interview mit Barbara Iselin, Gemeinderätin Menzingen | Bilder BULLETIN, Alternative - die Grünen

16



Gemeinderätin Barbara Beck sagt: «Die Asylsuchenden sind im Dorf sichtbar. Sie nehmen den langen Weg vom Gubel nach Menzingen in Kauf und besuchen das Dorf.»

BULLETIN: Barbara, wie ist dein Engagement für die Asylpolitik entstanden?

Barbara: 2013 wurde eine öffentliche Debatte zum Thema Bundeszentrum für Asylsuchende (BZ) in Menzingen geführt. An dieser schürte ein politischer Vertreter der Gemeinde Menzingen Ängste in der Bevölkerung. Mit seiner Aussage, dass die Eröffnung eines BZ auf dem Gubel es in Menzingen zu vermehrten Einkaufsdiebstählen, überfüllten Bussen ja sogar unsicheren Schulwegen führen könne, hat einige Mitbewohner von Menzingen aufgerüttelt. Diese Mitbewohner formierten sich zu einer Bewegung, um die positiven Aspekte eines BZ sowie das ganze Asylwesen in der Gemeinde darzustellen.

BULLETIN: Als du letztes Jahr zur

Gemeinderätin gewählt wurdest, hast du die Abteilungen Volkswirtschaft und Sicherheit übernommen. Was ist dir wichtig im Zusammenhang mit dem BZ?

Barbara: Oberstes Ziel ist, dass es allen wohl ist. Meine Vision: dass Menzingen als Standortgemeinde des BZ Gubel nur positive Schlagzeilen macht. Allen Beteiligten soll es wohl sein: der Bevölkerung von Menzingen, den Mitarbeitenden des BZ Gubel und den Asylsuchenden selber.

BULLETIN: Was machst du, um die Ziele zu erreichen und die Vision zu verwirklichen?

Barbara: Ganz zentral ist eine klare und frühzeitige Information. Ein Jahr vor der Eröffnung wurde in Menzingen eine Informationsveranstaltung mit Podium durchgeführt. Alle involvierten Akteure waren vertreten.

Das Militär, das Staatssekretariat für Migration, Regierungsrätin Manuela Weichelt, Vertreter des BZ Bremgarten, die Polizei sowie Gemeinderäte von Menzingen. Die Bevölkerung von Menzingen wurde aus erster Hand informiert. Die Anwesenden stellten Fragen, welche im speziellen von den Vertretern aus Bremgarten mit Erfahrungen aus dem operativen Alltag eines BZ beantwortet wurden. Damit wurde die ganze Situation um das BZ Gubel konkretisiert.

Diesen guten Start nützte ich, indem ich mit allen Beteiligten intensive persönliche Gespräche führte. Ich habe die Befürchtungen ernst genommen, und das schaffte Vertrauen unter den einzelnen Akteuren und der Gemeinde. Einige Beispiele: Ich stellte den Mitarbeitenden des BZ Gubel, welche aus der ganzen Schweiz rekrutiert wurden, das Leben in Menzingen vor. Stellte Kontakte zum Gewerbe und Handel her. Ich stellte sicher, dass die Bedürfnisse des BZ durch lokale Händler gedeckt werden. Vorhänge für das BZ werden im lokalen Geschäft in Menzingen gekauft, für die Essenszubereitung wurde ein Koch aus einem lokalen Restaurant gewonnen, die Rekrutierung der Mitarbeitenden des BZ wurde im Kanton Zug explizit ausgeschrieben, was dazu führte, dass einige Zugerinnen und Zuger eine Stelle im BZ fanden.

BULLETIN: Barbara, wir kennen dich als anpackende, hartnäckige positive Politikerin. Welche deiner Eigenschaften halfen dir weiter?

Barbara: Erstens, indem ich meine eigene positive Grundhaltung nach aussen trage und andere Akteure mitziehe – «yes we can»! Was dazu führt, dass einige ehemalige Skeptiker der ganzen Sache etwas Positives abgewinnen können.

Zweitens, hartnäckig am Ball bleiben und Ideen verfolgen. Beispielsweise BZ-Abläufe des SEM zu hinterfragen, Bundeszentren gibt es noch

nicht lange und ich frage hartnäckig nach, und versuche diese zu verändern. Zugänge zu lokalen Angeboten vermitteln. Dies sind auch meine Ansprüche und meine Ziele, die ich als Vorsteherin der Volkswirtschafts-abteilung habe.

BULLETIN: Wie geht es in der Gemeinde seit der Eröffnung des BZ Gubel am 11. Mai 2015?

Barbara: Im BZ verlief der Start gut. Aktuell haben wir viele Asylsuchende, die in die Schweiz kommen. Dies führt dazu, dass das BZ schneller belegt wurde als geplant. Es herrscht ein grosses Kommen und Gehen. Dies bedeutet, dass die «Durchlaufzeit» der Asylsuchenden noch kürzer ist als angenommen. Wir haben bis jetzt eine gute Durchmischung von Familien, Einzelpersonen und von verschiedenen Ethnien. Die Asylsuchenden sind im Dorf sichtbar. Sie nehmen den langen Weg vom Gubel nach Menzingen in Kauf und besuchen das Dorf. Sie benützen auch den Bus, um Zug zu besuchen. Das Ganze spielt sich ruhig ab, ohne nennenswerte Zwischenfälle. Viele MenzingerInnen bieten Hilfe an (Fahrdienste, Kleidergeschenke). Eine neu gebildete IG macht Angebote wie Wandern, Ausflug in den Wald für Kinder, Tschutten für die Asylsuchenden und macht die Begegnung mit der Bevölkerung möglich. Aktuell plant sie ein Begegnungszentrum in Baucontainern, die sie aufstellen werden. Dort werden viele dieser Angebote stattfinden: Malen, Musik, Internetcafe. Die IG sucht freiwillige BetreuerInnen für den Betrieb dieses Begegnungszentrums. Interessierte meldet euch bei mir: barbara.iselin@menzingen.ch!

BULLETIN: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen dir viele gute Begegnungen und weiterhin gutes Gelingen! Mit Barbara sprach Hansjörg Glauser von der BULLETIN-Redaktion. ■



Abgeschiedener Gubel: Die umgebaute Militärunterkunft in Menzingen wird als Bundeszentrum (BZ) für Asylsuchende genutzt.

Vereinbarung zwischen Bund, Kanton und Gemeinde

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat mit der Gemeinde Menzingen, dem Kanton Zug und dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) einen Vertrag für das Bundes-Asylzentrum Gubel abgeschlossen. Für die Betreuung der Asylsuchenden und den Betrieb der Unterkunft ist die Asyl-Organisation Zürich AÖZ zuständig. Um die Sicherheit kümmert sich die Securitas. Das Bundeszentrum in Menzingen hat eine Kapazität von 120 Betten. Wie bei den anderen Zentren des Bundes wird dem Kanton Zug als Kompensation die Bettenkapazität an den Verteilungsschlüssel angerechnet. Das heisst: Die 120 Betten werden vom Total der Asylsuchenden abgezogen, die der Kanton in seinen eigenen Unterkünften aufnehmen muss.

Asylverfahren in der Schweiz

Das schweizerische Asylverfahren kennt unterschiedliche Verfahrensarten.

«Normales Asylverfahren»

Seit dem 1. Februar 2014 prüft das Bundesamt für Migration grundsätzlich alle Asylgesuche inhaltlich. Ein einheitliches, materielles Verfahren wird angewendet. Ausgenommen davon sind weiterhin Asylgesuche im Rahmen der Dublin-Verfahren. Während der Vorbereitungsphase werden möglichst viele Abklärungen vor Beginn des Asylverfahrens gemacht. Asylgesuche, die innert fünf Jahren nach Rechtskraft eines früheren Asylentscheids gestellt werden, können schriftlich und mit einer Begründung erneut eingereicht werden.

Dublin-Verfahren

Das Dublin-System verhindert, dass eine asylsuchende Person in mehreren europäischen Ländern ein Asylgesuch stellen kann. Wer also bereits in einem anderen Land seinen Fingerabdruck im Eurodac-Register hinterlassen hat, wird dorthin zurückgeschickt. Die Staaten haben jedoch die Möglichkeit, aus humanitären Gründen auf ein Asylgesuch einzutreten und dieses zu prüfen. Seit dem 1. Januar 2014 gilt in der Schweiz neu die Dublin-III-Verordnung. Diese will das Dublin-Verfahren effizienter machen und die Rechtsgarantien von Asylsuchenden stärken.

48-Stunden-Verfahren

Seit August 2012 werden Asylgesuche von Staatsangehörigen aus Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina im 48-Stunden-Verfahren entschieden, falls keine weiteren Abklärungen notwendig sind. Seit dem 25. März 2013 wendet das Bundesamt für Migration (BFM) diese Regelung auch für Asylsuchende aus dem Kosovo und aus Georgien an. Alle 48-Stunden-Verfahren werden in den Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes (EVZ) durchgeführt. Die Befragerteams schliessen das Verfahren innert 48 Stunden nach der Erstbefragung zur Person ab. Unmittelbar nach Erlass eines negativen Asylentscheides wird die Beschaffung der Ersatzreisepapiere eingeleitet und die Wegweisungen, wenn immer möglich, direkt ab einem EVZ vollzogen.

Fast-Track-Verfahren

Neben dem 48-h-Verfahren behandelt das Bundesamt für Migration unbegründete afrikanische Asylgesuche (Marokko, Nigeria, Tunesien) im Eilverfahren. Während die Verfahren normalerweise über 230 Tage dauern, bringt das BFM das sogenannte Fast-Track-Verfahren je nach Herkunftsland in 35 bis 65 Tagen zum Abschluss. Nach der Befragung zur Person können laut BFM bei Fast-Track-Ländern 55 Prozent der Gesuche innert zwanzig Tagen entschieden werden. Und 81 Prozent der Fälle kommen innert 40 Tagen zum Entscheid. Die Fast-Track-Gesuchsteller werden, wann immer möglich, nicht mehr auf die Kantone verteilt, sondern ihre Gesuche werden gleich in den Empfangsstellen des Bundes erledigt. Laut BFM besteht die Möglichkeit, dass schon bald 60 Prozent der Asylgesuche in Bundesunterkünften erledigt werden können. In die Kantone würden nur noch Asylsuchende mit mehr Aussicht auf Anerkennung verteilt.

Neues, beschleunigtes Verfahren im Testzentrum Zürich

Im Rahmen einer Testphase wird im Bundesverfahrenszentrum in Zürich seit Januar 2014 ein beschleunigtes, respektive ein erweitertes Verfahren «getestet». Das neu getaktete Verfahren sieht vor, dass Asylgesuche, bei denen nach der Anhörung keine weiteren Abklärungen notwendig sind, innerhalb eines festgelegten Zeitplans behandelt werden sollen. Innert 100 Tagen soll rechtskräftig entschieden und bei negativen Entscheiden die Wegweisung vollzogen werden.

Die Beschwerdefrist beträgt im beschleunigten Verfahren nach der Eröffnung des Asylentscheids lediglich 9 Kalendertage. Nach Eingang einer Beschwerde gegen einen materiellen Asylentscheid entscheidet das Bundesverwaltungsgericht innerhalb von 20 Tagen. Das Bundesverwaltungsgericht führt im Rahmen der Abklärungen bei Beschwerden im beschleunigten Verfahren und im Dublin-Verfahren Instruktionsmassnahmen in den Bundeszentren durch, wenn der Beschwerdeentscheid dadurch rascher gefällt werden kann. Es handelt sich dabei um mündliche Anhörungen der Asylsuchenden. Nach der Durchführung der Instruktionsmassnahmen kann das Urteil bei Entscheidungsreife am Tag der Verhandlung gefällt und eröffnet werden. Das Urteil kann folglich mündlich erfolgen. Das Urteil tritt gleichentags in Kraft und auch eine allfällige Beschwerde hebt die Vollstreckbarkeit nicht auf.

Im erweiterten Verfahren werden die Asylgesuche behandelt, bei denen nach der Anhörung oder im Rahmen des Beschwerdeverfahrens nicht sofort entschieden werden kann, da weitere Abklärungen notwendig sind. Für die Dauer des erweiterten Verfahrens werden die Asylsuchenden den Kantonen zugewiesen. Entscheide erfolgen in der Regel innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der Vorbereitungsphasen.

Ums Schwingen ringen

BULLETIN | Bilder Paula Gisler

19

Im August 2019 findet das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest (ESAF) im Hertiquartier in Zug statt. Nachdem die ca. 20 Hochstämme im dafür vorgesehenen Gebiet innert kürzester Zeit gefällt worden waren, sind jetzt bereits die ersten Bodenveränderungen im Gange. Die Alternativen – die Grünen haben am 27. Juni vor Ort einen Augenschein genommen. Sie fordern ein sozial und ökologisch verträgliches Fest. Die Forderungen können auf der Homepage der Alternativen – die Grünen im Detail eingesehen werden.



Das Schwingfest wurde «durchgewunken». Die hier sichtbaren Bäume sind schon weg.



Franz Felder, Agronom: Der Boden wird unwiederbringlich zerstört sein.



Die Alternativen – die Grünen (im Bild Astrid Estermann und Anastas Odermatt) fordern ein nachhaltiges Fest, das sozial und ökologisch verträglich gestaltet wird und das die Zuger Bevölkerung einbezieht.



Die Landsanierungen sind in vollem Gange. Zurzeit wird der bestehende Oberboden abgetragen.



Zum Schluss der gemeinsame und gemütliche Anlass. Übrigens fanden während des ganzen Anlasses im Hintergrund die Landsanierungen statt. Und das an einem Samstag, 4 Jahre vor dem Fest!

Zugopoly

Alessandro Perucchi, Präsident Junge Alternative | Bilder Junge Alternative

20

Wer träumt nicht davon, einmal in die Haut eines reichen Immobilien-Hais, einer skrupellosen Abzockerin zu schlüpfen und den ganzen Boden im Kanton Zug zusammenzukaufen? Und dann die Mieten hochzutreiben, den eigenen Profit zu maximieren, alle anderen gnadenlos zu ruinieren und schliesslich aus Zug zu vertreiben. Dank Zugopoly kannst du das nun auch!

Schnell das Papiergeld und die Spielfiguren ausgeschnitten, das Spielfeld ausgelegt und die Action-Karten gemischt, schon kann es losgehen! Zuerst wird das Startkapital verteilt: Zwanzig, dreissig Millionen «Zuger Fränkli» für jeden, das sollte reichen für den Anfang. Die Spielenden wählen ihre Spielfiguren aus – typisch zugerische Spielfiguren wie «CVP-Rechtsdriller» Gerhard Pfister, «Drittwelt-Vergifter und Glencore-Chef» Ivan Glasenberg, der «tendenziöse rechtskonservative Schreiber» Charly Keiser, «Seeuferprivatisierer und Ex-Fifa-Funktionär» Heinz Tännler und «Betonmogul» Adrian Risi stehen zur Auswahl – und stellen sie auf das Startfeld.

Kaufe alle Immobilien zusammen

Die Würfel fallen, das Spiel beginnt, die Kapitalisten sind los. Mit zwanzig Millionen sollte man weit kommen, meinen die Spielenden, aber falsch gedacht. Zwar ist die «Station Sihlbrugg», die sich Gerhard Pfister gleich in der ersten Runde sichert, noch zu einem Spottpreis von 500000 «Fränkli» zu haben, aber bald nehmen die Preise exponentiell zu. Der «Bahnhofsplatz Baar» liegt gerade noch in Charly Keisers Budget, aber danach kann sich keiner mehr die Grundstücke leisten. Von Traumlagen wie dem «Uptown Zug» oder dem «Park Tower» kann Adrian Risi nur träumen, sie sind schlicht zu teuer. Willkommen in Zug!

Treibe die Preise hoch

Bald sind die ersten Grundstücke gekauft, und die flüssigen Mittel werden langsam knapp. Es wird darauf

gehofft, dass die gegnerischen Spielfiguren auf den gekauften Adressen landen und so zur Mietzahlung verpflichtet werden können, welche – immerhin spielt sich das Spiel ja im Kanton Zug ab – je nach Lage astronomische Höhen erreichen. Je höher desto besser, weiss der gewiefte Immobilienmogul. Dann plötzlich landet Heinz Tännler auf einem Action-Feld und muss eine Karte ziehen. Die Chancen, dass er nun blechen muss, stehen gut. Diesmal hat er jedoch Glück. «Die bürgerlichen Parteien haben die Stadttunnel-Abstimmung gewonnen.» steht da, und «Fahre mit deinem Porsche bis auf Start!» Ausserdem erhält der Glückliche je 100000 «Fränkli» von allen Mitspielenden, irgendjemand muss ja schliesslich die Zeche bezahlen.

Wer nicht zahlen kann, ist raus

Kurz darauf kann Ivan Glasenberg aufatmen. Zwar ist er auf dem «Einkommenssteuer»-Feld gelandet, aber als momentan reichster Mitspieler muss er – wie er sich das schliesslich auch gewohnt ist – keine Steuern bezahlen, auch wenn Geri Pfister, der gerade im «Gefängnis Bostadel» sitzt und eine Runde aussetzen muss, das etwas unfair findet. Die gute Laune vergeht Glasenberg allerdings nur wenige Runden später: Er landet in der «Papieri Cham» und muss dem glücklichen Besitzer einen horrenden Mietzins abliefern. Einen Mietzins, den er trotz seiner eigentlich guten finanziellen Lage nicht stemmen kann. Für ihn ist der Spass also vorbei, denn wer nicht mehr zahlen kann, ist raus. Raus aus dem Spiel, raus aus dem Kanton Zug.

Vertreibe Familien und Junge

So wie dem Glencore-Boss ergeht es der Reihe nach allen Mitspielenden, bis nur noch jemand übrigbleibt. Wer es am längsten aushalten will, ohne Konkurs zu gehen, darf das ganze Spiel über kein Mitleid zeigen und muss seine Mieten skrupellos eintreiben. Nur wer so abgebrüht und unethisch ist – und ausserdem noch etwas Würfelglück hat – kann im Zugopoly bestehen! Ein Schelm, wer hier Parallelen zur harten Zuger Realität vermutet ...

Menschenfeindliche bürgerliche Finanzpolitik

Entwickelt von der Jungen Alternative macht Zugopoly auf die desaströse und menschenfeindliche Finanzpolitik Zugs aufmerksam. Denn internationale Multis und Immobilienspekulanten, welche, angezogen von der bürgerlichen Tiefsteuerpolitik, Familien, Junge, Mittelstand und andere Nicht-Superreiche aus dem Kanton verdrängen, sind leider traurige Realität. Und auch die Spielfiguren wurden nicht zufällig ausgewählt. Es sind Prominente Zuger, welche aktiv oder passiv für das Problem verantwortlich sind – die Protagonisten des echten, noch viel brutaleren Zugopolys. ■

Jetzt online bestellen!

Ihr denkt, ihr habt das Zeug zum skrupellosen Immobilienspekulanten? Ihr wollt euch den Kanton Zug unter den Nagel reissen und alle anderen vertreiben? Dann bestellt schnell eurer eigenes Zugopoly – und zwar online unter www.jungegruene.ch/zg/zugopoly Das Zugopoly ist gratis – falls uns aber jemand etwas an die Unkosten spenden möchte, darf das natürlich sehr gerne tun: IBAN CH50 0078 7007 7135 7461 0. Vielen Dank!



Nicht nur die Adressen auf dem Spielfeld, auch die Spielfiguren von Zugopoly dürften einigen Zugerinnen und Zugern bekannt vorkommen ... Jede Ähnlichkeit mit lebenden Personen ist totale Absicht.



ACTION

Endlich ist die letzte Familie aus deinem Wohnblock ausgezogen. Auf die frei werdende Wohnung kannst du eine satten Mietpreiserhöhung aufschlagen und erhältst dadurch **50 000.**

Die Action-Karten verheissen selten Gutes – manchmal hat man aber auch Glück!



Gebannt beobachten die Mitspielenden das Geschehen: Was hat Andreas Lustenberger als Heinz Tännler wohl als nächstes vor?



Jetzt bestellen – unter www.jungegruene.ch/zg/zugopoly

Kein Abbau beim ÖV

Anastas Odermatt, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bild BULLETIN

22

Im Rahmen des Belastungspakets soll das ÖV-Angebot abgebaut werden. Betroffen sind rund 15 Bus- und eine S-Bahnlinie. Die Fraktion Alternative – die Grünen ALG will das verhindern.

Der Kanton Zug ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Damit einhergegangen sind ein Wachstum der Pendlerströme und der Wohnbevölkerung. Früh wurde erkannt: Dieser Aufschwung benötigt ein starkes öffentliches Verkehrsnetz mit guten Anbindungen an die Zentren Luzern und Zürich. Der Regierungsrat sah mit seiner Strategie «Mit Zug einen Schritt voraus» die Erhaltung der Spitzenposition im Standortwettbewerb und einen attraktiven Lebens- und Wohnraum vor. Dazu gehört(e) auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Der ÖV wurde denn auch vielerorts an die Bedürfnisse angepasst und Kanton und Gemeinden haben investiert. Zu Recht, denn die Investitionen wurden mit einem nachgewiesenen Bedürfnis begründet und beruhen auf dem gesetzlichen Prinzip eines nachfrageorientierten Angebots.

ÖV muss attraktiv bleiben

Der Regierungsrat will nun das vom Kanton finanzierte ÖV-Angebot abbauen und bei rund 15 Bus- und einer S-Bahnlinie Abstriche machen. Dieser Abbau gefährdet das viel gerühmte Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» und widerspricht der erwähnten Strategie des Regierungsrates. Mit dem geplanten Abbau verschlechtert sich die Verkehrssituation für die Bevölkerung, und der Regierungsrat nimmt in Kauf, dass

Zugerinnen und Zuger auf das Auto umsteigen. Wenn an Randstunden abgebaut wird, kann dies auch die Zeiten mit hohen Frequenzen beeinflussen: Wenn der abendliche ÖV unattraktiv oder inexistent ist, wer-



Zug hat heute ein attraktives ÖV-Angebot – und dabei soll es bleiben!

den all jene, die nach der Arbeit in ein Training oder an eine Sitzung müssen, schon am Morgen das Auto nehmen, weil sie sonst nicht mehr nach Hause kommen. Und wer immer wieder das Auto benutzen muss, entscheidet sich ab einem gewissen Punkt, aus finanziellen Gründen, gegen den öffentlichen Verkehr.

ÖV-Abbau führt zu Standortnachteil

Das Belastungspaket des Regierungsrats verkommt aufgrund seiner Grösse und seines strikten Zeitplans immer mehr zur Farce. Die Gemeinden haben teilweise keine Chance, die abgebauten Leistungen selbst nach-

zukaufen. Dann nämlich, wenn die zu bestellenden Leistungen so kostenintensiv sind, dass sie vor die Gemeindeversammlung müssten. Wenn die nächste Versammlung aber erst Ende Jahr abgehalten wird, sind die ZVB-Bestellfristen schon abgelaufen. Mit dem Abbau würden wir uns zurückkatapultieren in veraltete Verkehrskonzepte. Gefragt sind vielmehr moderne Mobilitätskonzepte mit dichtem ÖV-Netz und autoarmen Wohn- und Arbeitssituationen. Bemerkenswert ist, dass sich der Kanton als wichtiger Teil der «Greater Zurich Area» sieht (sah?), nun aber die Anbindung an diese schwächen will. Das führt zu einem Standortnachteil.

Erfolgsgeschichte weiterschreiben

Bahn und Bus tragen als wichtigstes Element zu einer zukunftsfähigen Mobilität bei – insbesondere in einem wachstumsstarken Kanton wie wir es sind. Nur mit einem gesunden Verhältnis zwischen motorisiertem Individualverkehr und öffentlichem Verkehr ist dieses Wachstum zu bewältigen. Eine entsprechende Motion zum Zuger Modalsplit seitens der ALG wurde vom Kantonsrat letzstens knapp überwiesen. Der öffentliche Verkehr schluckt einen Grossteil der anfallenden Fahrten und entlastet das Strassennetz. Optimale verkehrstechnische Anbindungen sind ein wichtiger Standortfaktor – für Familien ebenso wie für Unternehmen. Der vom Regierungsrat geplante ÖV-Abbau ist umwelttechnisch ein Desaster, behindert eine gesunde Entwicklung des Pendlerkantons Zug und würde den Standort Zug nachhaltig schwächen. Die ALG reichte deshalb im Kantonsrat ein Postulat ein, das verlangt, dass das ÖV-Netz auch ab 2016 mindestens auf dem heutigen Niveau gehalten wird. Wir müssen die Erfolgsgeschichte «Zuger ÖV» weiterschreiben. ■

Durchschlagender Erfolg

VPOD | Bild Eric Roset

Eindrucklicher Sieg auf der ganzen Linie: Ein dreistündiger Warnstreik des Swissport-Personals am Flughafen Genf wurde so stark befolgt, dass die Geschäftsleitung in praktisch allen Punkten nachgab. Sogar die verpassten Arbeitsstunden werden bezahlt.

Es war einiges anders diesmal als bei früheren Arbeitskämpfen am Flughafen Genf. So hat auch der Hausverband Push die vom VPOD ausgerichtete Aktion unterstützt (oder

Umfassende Garantien

VPOD-Regionalsekretär Jamshid Pouranpir ist sehr zufrieden mit dem Erreichten. Zumal der Arbeitgeber nicht nur die Kosten für die streikhal-



Erfolg für kämpferische Swissport-Beschäftigte: Der Arbeitgeber bezahlt sogar die Streikzeit.

zumindest nicht bekämpft). Nach dem Scheitern der Schlichtungsverhandlungen drohte den über 1000 Beschäftigten von Swissport massiver Abbau: Lohnneinbussen von mehreren Hundert Franken pro Monat. Die jetzt unterzeichnete Vereinbarung sieht vor, dass der bestehende GAV, der Ende Februar ausgelaufen wäre, bis 31. Dezember 2016 fortgeführt wird (bei Einfrierung der Löhne ab Januar 2016). Die vorgesehenen Lohnschritte werden gewährt, die Aufteilung der Pensionskassenbeiträge bleibt bestehen. Für die Hilfskräfte gibt es sogar eine Verbesserung: Auch für sie wird eine Krankentaggeldversicherung eingeführt.

ber nicht geleisteten Arbeitsstunden übernimmt, sondern auch die Garantie abgibt, dass die Teilnahme am Streik keinerlei Sanktionen zur Folge hat. Swissport hat sogar Massnahmen zugesichert gegen jene Vorgesetzten, die Streikwillige mit Kündigungsdrohungen einzuschüchtern versuchten.

«heavy snowfall»

An jenem Februarmontag wurden fast alle vom Warnstreik überrascht. Um 10.55 Uhr erging der Streikaufruf per Lautsprecher; kurz nach 11 Uhr hatten sich etwa 50 Leute versammelt, und die Spannung stieg, ob der Aufruf überall befolgt werde. Er wurde: Aus allen Bereichen, in de-

nen die Swissport tätig ist, strömten gegen 400 Angestellte herbei, nicht nur die starken Jungs von Gepäckabfertigung, Fracht und Piste in ihren Leuchtjacken und -hosen, sondern auch das mehrheitlich weibliche Personal vom Check-in. Die Anzeigetafel des Flughafens vermeldete auf Französisch korrekt Verspätungen wegen «débrayage» – auf Englisch hiess der Grund allerdings «heavy snowfall»... Die Arbeitsniederlegung hatte dann auch spürbare Folgen. So startete die Maschine nach New York beispielsweise drei Stunden zu spät – und ohne Gepäck.

23



Kurz nach 11 Uhr hatten sich etwa 50 Leute versammelt, und die Spannung stieg! Gegen 400 Angestellte nahmen am kurzen, aber effektiven Warnstreik teil.

«Schweiz» nur noch im Namen

Die Swissport International AG, eine der Swissair-Nachfolgesellschaften, hat seit ihrem Bestehen schon viermal den Besitzer gewechselt. Schweizerisch ist nur noch der Name. Die Firma ist der grösste Anbieter von Bodenabfertigungsdienstleistungen weltweit; in Genf hat sie einen Marktanteil von 70 Prozent. ■

Doppelmoral blossgestellt

Raphael Weber, Chefredaktor «Pro Natura Magazin» | Bild BULLETIN

24

Auf Totalopposition schalten zahlreiche Landwirte beim Vollzug des revidierten Gewässerschutzgesetzes: Man könne für die Revitalisierung eingedolter Bäche kein wertvolles Kulturland abtreten, klagen die Bauern: Dieses Land werde für die landwirtschaftliche Produktion benötigt.

Erst im November forderte der grosse Zürcher Bauernverband, völlig auf Revitalisierungen zu verzichten, wenn Fruchtfolgefleichen betroffen sind. Dabei wurden auch emotionale Töne angeschlagen: Bei vielen

ihrer Produktionsgrundlage? Mitnichten! Es sind viele Bauern selbst, die den Bodenverlust vorantreiben. Sie veräussern im grossen Stil Kulturland, das dann als Bauland zubetoniert wird. Alleine in den Jahren



An perfekter Lage mit Sicht auf den Ägerisee, zu schade für Wiesland?

Betrieben gehe es hier ums nackte Überleben, die Produktion müsse sonst ins Ausland verlagert werden. Gleiches Szenario bei der Agrarreform 2014–2017: Mehr Raum für ökologische Ausgleichsflächen? Keineswegs: Sämtliches Land werde für die Produktion benötigt!

Doch sind unsere Landwirte tatsächlich die grossen Hüter des Bodens,

1985 bis 2009 gingen in der Schweiz 850 Quadratkilometer Kulturland verloren; über zwei Drittel davon gingen in die Siedlungsfläche über. Und dabei sind manche Bauern zu Bauland-Millionären geworden.

Doppelmoral blossgestellt

Ein politischer Vorstoss stellt diese Doppelmoral nun ungewollt bloss:

CVP-Nationalrat Leo Müller – Notar, Bauernsohn und Verwaltungsrat des Agrokonzerns Fenaco – forderte in einer Motion, dass Bauern, die Bauland verkaufen, wieder tiefere Steuern bezahlen müssen. Hintergrund dieses Vorstosses ist ein Urteil des Bundesgerichts. Dieses hielt vor drei Jahren fest, dass Landwirtschaftsland, das in Bauland umgewandelt wird, nichts mehr mit der Landwirtschaft zu tun hat. Deshalb falle der Ertrag voll unter die reguläre Einkommenssteuer. Nach früherer Praxis mussten Bauern bei Landverkäufen gemäss Sonderregelung nur rund die Hälfte der jetzigen Beträge an den Fiskus abliefern. Nachdem die CVP, SVP und BDP im Nationalrat die Motion Müller durchgedrückt hatten, scheint dies nun auch der Ständerat zu tun.

«Erfreut über diesen Erfolg» zeigt sich der Schweizer Bauernverband (SBV) in einer Medienmitteilung. Unverfroren empfiehlt er Landwirten, die gedenken, Land zu verkaufen, «zuzuwarten, bis die Gesetzesanpassung in Kraft tritt». Damit wird aufgehoben, was der SBV als «Mehrbelastung» bezeichnet, in Tat und Wahrheit aber eine Ertragsminderung ist.

Jährlich ein Zugersee zubetoniert

Währenddessen geht die Zubetonierung der Schweiz ungebremst weiter: Momentan gehen pro Sekunde weiterhin rund 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Jährlich ergibt das rund 35 Quadratkilometer, die ungefähre Fläche des Zugersees.

Zum Vergleich: Für die Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes gehen gemäss dem Bund 20 Quadratkilometer an Kulturland verloren – nicht jährlich, sondern total innert der grosszügigen Umsetzungsphase von 80 (!) Jahren. Mehr als diese Fläche haben die Landwirte selber seit 1985 nur schon für den Anbau von Gebäuden, Besenbeizen, Silos, Pferdeställen, Ferienwohnungen und dergleichen verschwendet. ■

«Ich komme wieder»

Anna Lustenberger, Präsidentin Alternative - die Grünen Baar | Bilder Anna Lustenberger

Dieser Satz stand auf einem Feedback-Zettel von Esther Guyer, Fraktionspräsidentin der Grünen im Züricher Kantonsrat. Der Austausch unter den grünen Politikerinnen und Politikern aus sechs verschiedenen Kantonen rund um Zug war interessant und hat zum Wiederholen solcher Treffen motiviert. Bleiben wir also dran!

Gegen 20 Personen aus den Kantonen Aargau, Luzern, Nidwalden, Schwyz, Zürich und Zug folgten der Einladung der Zuger Grünen nach Rotkreuz. Es war die zweite Veranstaltung dieser Art; die erste fand vor vier Jahren statt.



Chancen und Herausforderung: Stefan Gisler und Andy Hürlimann ordnen nach Themen.

Ziel waren Austausch zu verschiedenen Themen und Vernetzung. Gerade im Hinblick auf die kommenden National- und Ständeratswahlen sowie wichtige eidgenössische Abstimmungen, wie zum Beispiel die zweite Gotthardröhre, ist ein Zusammenrücken wichtig.

Drei Themen standen im Zentrum: Wie werden die Grünen in der Bevölkerung und in den Medien wahrgenommen, wie vermitteln wir unsere Botschaften noch kräftiger, welche Auswirkungen haben Steuerpolitik und Sparpakete auf die Bildung. Der Auftritt der Grünen im Kanton Zug wurde von Kantonsrätin Hanni Schriber anhand der Kantonsratswahlen

2014 vorgestellt. Stefan Gisler, Kantonsrat und Fraktionschef Zug, zeigte am Beispiel der Zuger Steuerpolitik auf, wohin rigorose Steuersenkungen führen können. Abbau beim öffentlichen Verkehr und bei der Bildung sind aussagekräftige und bedenkliche Beispiele. Vreni Völkle, Grüne Nidwalden und Rektorin der Volksschule Luzern, plädierte für eine gute Bildung für alle Kinder, unabhängig ihrer Herkunft. Bildung ist im Moment ein aktuelles Thema, auch die Grünen müssen sich da einbringen. In drei Workshop-Gruppen vertieften sich die Teilnehmenden in diese Themen.

Chancen und Herausforderungen

Grüne Themen stehen an oberster Stelle – auch wenn andere Themen in der Bevölkerung zeitweise präsenter sind. Aber die Grünen bleiben mit der Besetzung dieser Themen glaubwürdig, sie sind die «echten Grünen». Grüne Politik wird auch in Zukunft nötiger denn je sein, wenn wir den nachkommenden Generationen einen grünen Fussabdruck auf dieser Erde hinterlassen wollen.

Die Vernetzung ist auch herausfordernd: Kantone und Gemeinden «ticken» unterschiedlich, und in den verschiedenen Kantonen besteht eine grosse Themenvielfalt. Jedoch können gerade dazu in anderen Kantonen Wissen und Erfahrungen dafür geholt werden. Gute Ideen betreffend Medien- und Öffentlichkeitsarbeit können wir in allen Kantonen eins zu eins übernehmen, man muss nicht immer Neues erschaffen. Fachgruppen zum Thema Bildung sind effizient und lohnen sich, denn die Bildungsfachpersonen sind bei den Grünen gut vertreten.



Stefan Gisler erklärt die Steuerpolitik im Kanton Zug, die zu Abbau von wichtigen Errungenschaften führen kann, wie gutes Angebot des öffentlichen Verkehrs.



Politiker und Politikerinnen aus Zug, Luzern und Schwyz.

Vernetzung und Austausch

Die Teilnehmenden waren sich einig. Die Vernetzung über die Kantons-grenzen hinaus ist wertvoll. Sie ist eine grosse Hilfe und eine Chance. Durch eine gute Vernetzung unter den Kantonen können Synergien genutzt werden, entstandene Kontakte können weiter gepflegt werden. Wir sitzen im selben Boot, die gleichen politischen Werte verbinden uns. Der Wunsch nach Wiederholung des Polittreffens ist ein Anliegen. Solche Austauschmöglichkeiten motivieren, animieren zum Weiterkämpfen für eine intakte Umwelt, für eine gerechtere Welt – wir bleiben dran! ■

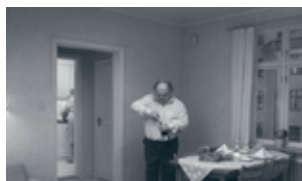


26

A Pigeon Sat on a Branch
Montag, 13. Juli 2015,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Meisterregisseur Roy Andersson schickt uns auf eine märchenhafte, poetische Irrfahrt durch Menschliches und allzu Menschliches. Seine grandiosen Sketche offenbaren den Humor und die Tragik, die in uns wohnen, die ganze Pracht des Lebens und die unvermeidliche Schwäche der Menschen. Als roter Faden tauchen wiederholt zwei Handelsreisende für Scherzartikel auf, deren problematische Geschäfts- und Privatbeziehung der Regisseur von Szene zu Szene weiterentwickelt. Andersson serviert ein Nebeneinander von Erhabenem und Banalem, bei dem das Publikum oft nicht weiss, ob es lachen oder weinen, schmunzeln oder sich ärgern, mitleiden oder spotten soll. Stoisch reduziert er seine Geschichten auf das Wesentliche und baut eine Spannung auf, obschon sich die Kamera keinen Millimeter bewegt. «A Pigeon Sat on a Branch» erhielt in Venedig zu Recht den Goldenen Löwen für den besten Film.

Einführung durch Filmwissenschaftler Oswald Iten



Les Mille et Un Caire
Montag, 14. Sept. 2015,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Kairo, eine unüberblickbare Stadt. Sogar der Teufel hat die Kontrolle über sie verloren. Er schickt daher einen Unterteufel los, ihm aus der Stadt zu berichten.

Regisseur Jaques Siron heftet sich an dessen Fersen. Als Fremde irren sie durch die Stadt mit dem Chaos des Verkehrs und den stillen Gassen, wo farbige Wäsche zum Trocknen hängt und Katzen sich in der Sonne räkeln.

Die Musik des Trio Afro Garage mischt sich klangmalerisch in die komponierten Bilder. Es gibt keinen Kommentar, es ist ein Film für Augen und Ohren. Eine knappe Orientierung erhalten wir durch kurze Untertitel. Glaubte man sich manch-

mal im Mittelalter, holt einen die Burka-verhüllte Frau mit ihrer Handycam in die Gegenwart zurück, ein Plastikfetzen wird vom Wind verweht und verwirrt verlässt der Fremde die Stadt. Kairo hat ihn verzaubert – und uns auch. Jacques Siron ist anwesend



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



Donnerstag, 13. August, Alternative Stadt
Sommertreff in der Badi
Tellenörtli Oberwil

Samstag, 22. August, DV der Grünen Partei
in Schaffhausen

Mittwoch, 2. September, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug,
mit Köchinnen und Köchen
der Grünen Risch-Rotkreuz

Samstag, 19. September, Grüne Risch-Rotkreuz
Dorfmarktkafi, 9.00 – 13.00
Uhr auf dem Dorfmattpplatz
Rotkreuz

Samstag, 19. September, SPONSORENLAUF der Alternative – die Grünen Zug
in Zug

Mittwoch, 7. Oktober, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug,
mit Köchinnen und Köchen
der Grünen Steinhausen

Sonntag, 18. Oktober, Wahlsonntag,
National- und Ständerats-
wahlen



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Montag 14–18 Uhr
Dienstag 9.15–13.15 Uhr
Donnerstag 9.15–13.15 Uhr

Alternative – die Grünen Baar
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri Philipp Röllin
roellin.ph@blueemail.ch

Grünes Forum Hünenberg Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz Irene Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Auftragstreuer Leiter gesucht
Bildungsdirektor und Offizier Schleiss (SVP) zeigt vermehrt strikt militärisches Führungsverständnis. Nachdem er bereits seinen Offiziers- und Parteikollegen Führer ohne Ausschreibung zum Vize-Generalsekretär und dann mittels (Schein-)Ausschreibung zum Generalsekretär gemacht hat, sucht er einen neuen Leiter fürs Amt gemeindliche Schulen. Dieser soll «auftragstreu vorgehen»! Bislang sind wir davon ausgegangen,

dass die Besten und nicht die Gehorsamsten ausgewählt – äh – rekrutiert werden. RR Weichelt wurde gerügt, weil sie jemandem mit gleicher politischer Grundeinstellung suchte – sie stellte dann jemanden von der CVP ein... Schleiss lässt da gar nichts anbrennen: Er wünscht sich Mitarbeitende, die ungeachtet ihrer persönlichen Haltung die Aufgabe der DB unreflektiert umsetzen: «Auftrag verstanden, melde mich ab»!

Stellenausschreibung

Die Direktion für Bildung und Kultur des Kantons Zug sucht per 1. Mai 2016 oder nach Vereinbarung eine/einen

Leiterin/Leiter Amt für gemeindliche Schulen (80-100%)

Das Amt für gemeindliche Schulen (AgS) führt die kantonalen Schulvorhaben der obligatorischen Schulzeit. Die externe Evaluation, die Beratung der gemeindlichen Schulen, die Aufsicht über die Umsetzung der Schulgesetzgebung sowie Aufgaben im Bereich der Sonderpädagogik gehören zu den Aufgaben des AgS. Zum Amt zählen auch der Schulpsychologische Dienst und das Didaktische Zentrum als Dokumentations- und Verleihstelle.

Ihre Aufgaben: Fachliche, personelle und organisatorische Führung und Entwicklung des Amtes für gemeindliche Schulen; Planung und Durchführung der kantonalen Schulvorhaben; Vorbereitung der politischen Geschäfte; Mitarbeit in der Geschäftsleitung der Direktion für Bildung und Kultur; Zusammenarbeit mit den Rektoren der gemeindlichen Schulen; Zusammenarbeit mit anderen Ämtern, Direktionen und externen Partnern.

Unsere Anforderungen: Sehr gute Kenntnisse der Volksschule; **sehr gute Kenntnisse der aktuellen bildungspolitischen und pädagogischen Debatten sowie Bereitschaft und Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung damit; gedibt im Variantendenken;**

Auftragstreu und transparentes Vorgehen; ausgewiesene Erfolge in der Führung von Projekten und Menschen im Schulbereich; belastbare und aufgestellte Persönlichkeit; Verwaltungserfahrung im öffentlichen Dienst; gute Kenntnisse der politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten des Kantons Zug; Hochschulabschluss; sicherer Ausdruck in Wort und Schrift.

Unser Angebot: Wir bieten eine herausfordernde und anspruchsvolle Führungsposition. Ein fachkompetentes und motiviertes Team unterstützt Sie in Ihrer Arbeit. Als Vertrauensperson des Bildungsdirektors übernehmen Sie eine interessante und vielseitige Aufgabe in einem spannenden Umfeld. Ein moderner Arbeitsplatz steht Ihnen in der Stadt Zug zur Verfügung.

Bewerbung/Auskunft: Wir freuen uns auf Ihr Motivationsschreiben und das Bewerbungsdossier bis 8. Juli 2015, adressiert an: Regierungsrat Stephan Schleiss, Direktion für Bildung und Kultur, Baarerstrasse 21, Postfach 4857, 6304 Zug; Vermerk «Persönlich». Für Auskünfte steht Ihnen Stephan Schleiss, Bildungsdirektor, unter Telefon ☎ 041 728 31 83 gerne zur Verfügung.

Zug, 12. Juni 2015 Direktion für Bildung und Kultur
Amt für gemeindliche Schulen



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

27

BULLETIN
Nr. 2, Juni 2015
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Lektorin:
Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2015:
Freitag, 11. September 2015

Erscheinungsdatum:
Freitag, 2. Oktober 2015

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

